Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

3. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 26. Januar 1910 | No. 14

Aus dem Dom. Parlament.

Die letzte Woche war eine verhältnismäßig ruhige Woche im canadischen Parlament. Die Debatte über die Flottenvorlage ist verschoben worden wegen der Krankheit des Marine-Ministers.

Hon. MacKenzie King, Arbeitsminister im Laurier-Kabinett, dessen Industrial Disputes Act seinerzeit als ein Gesetz gepriesen wurde, das mit Streiks und Aussperrungen aufräumen würde (natürlich waren die Erwartungen und Prophezeiungen übertrieben), brachte eine Gesetzesvorlage ein, die als sehr fortschrittlich hingestellt wird. Die Vorlage bezweckt die Kontrolle von Korporationen und Monopolen und will das Volk vor diesen modernen Raubrittern schützen. Ob's helfen wird, ist natürlich eine ganz andere Frage.

Man versichert, daß die Vorlage ein wirklich praktischer Schritt ist zur Erlangung einer wirksamen Kontrolle der Kombines und Trusts mit ihren Preistreibereien und Raubmethoden. Während die Bill die Konsumenten gegen die industriellen und kommerziellen Raubritter schützen will, sichert sie die legitimen Geschäftsinteressen vor unnötigen Scherereien. Der nächste Hauptzweck der Vorlage ist der, durch Untersuchungs-Kommissionen das Treiben solcher Korporationen und Trusts zu beleuchten, die der Preistreiberei und Erlangung ungebührlicher Profite auf Kosten der Konsumenten verdächtig sind.

Hoffentlich wird das Gesetz, wenn es angenommen ist, seinen Zweck erfüllen. Die hohen Lebenskosten hier in Canada zeigen deutlich an, daß etwas nicht ist, wie es sein sollte in unserm wirtschaftlichen System.

Hon. Wm. Paterson trat dann wieder in die Budget-Debatte ein, die vor Weihnachten bis nach den Feiertagen verschoben wurde. Er behandelte hauptsächlich Zollfragen und zeigte, daß wir gegenwärtig keinen Schutzzoll hätten, wie die Gegner ab und zu zu behaupten pflegen. Der liberale Tarif sei ein Revenue (Einkommen) Tarif. Dagegen aber sei es auch falsch, wenn die Gegner behaupteten, die Liberalen hätten Freihandel, also Abschaffung aller Zölle, versprochen, als sie noch in der Opposition waren. Die liberale Resolution von 1893 hätte Herabsetzung der Zölle versprochen, aber keinen Freihandel. Ebenso hätte Laurier sich damals ausgesprochen. Diesem Versprechen seien die Liberalen wie Sir Wilfrid Laurier nachgekommen.

Was die Senatsreform anbetreffe, so sei die Regierung bis jetzt unfähig gewesen, diese auszuführen. Sie habe die Sache aber durchaus nicht fallen gelassen und sei die Sache noch in Beratung. Während das Oberhaus alias Senat nicht abgeschafft werden könnte, sei vielleicht Raum und Gelegenheit zur Reform.

Ein Oppositionsredner kritisierte die Flottenvorlage auf den Grund hin, daß sie unzureichend sei. Canada sei von Ozean zu Ozean dem Mutterlande ergeben, es sei loyal bis ins Mark. Die Canadier forderten, daß etwas mehr getan werde, um der Situation, die für das britische Reich gefahrdrohend sei, gerecht zu werden. Die Regierungs-Vorlage sehe den Bau einer canadischen Flotte vor, die in den nächsten 15 bis 20 Jahren fertig sein würde. Aber Großbritanniens Suprematie zur See werde bereits jetzt bedroht und es würde keine 20 Monate nehmen, bis die Frage vielleicht entschieden werden würde. Ehe die Regierung etwas Entscheidendes tue, solle sie sich an das Volk wenden und durch eine Wahl ausfinden, wie dieses gesonnen sei.

Der Abgeordnete J. G. Turriff (Assiniboia, Sask.) erklärte sich in einer kurzen Rede entschieden für die Flottenpolitik der Regierung. Diese Politik bedeute eine Ausgabe von 11 bis 15 Millionen Dollars, jenachdem, wo die Schiffe gebaut würden. Dazu eine jährliche Auslage von 3 bis 5 Millionen. Die Ausgaben würden von Canada gemacht und Canada solle auch darüber zu bestimmen haben. Die Regierung hätte die ganze große liberale Partei in dieser Frage für sich, während sich auf Seite der Opposition bereits drei verschiedene Strömungen in der Flottenfrage gezeigt hätten. Herr R. S. Lake, Qu'Appelle, hätte in seiner Flottenrede gesagt, die Regierungs-Flottenpolitik sei erbärmlich. Man müsse sich ordentlich schämen, ein Canadier zu sein. Er könne das nicht einsehen. Besonders nicht, wenn er daran denke, daß die Opposition eine so verschiedenartige Flottenpolitik befürworte.

Diese Rede Herrn Turriffs sticht angenehm ab gegen Lake's Schwätzereien. Dieser Lake tritt in die Fußstapfen der Deutschenhasser, und wenn er auch persönlich ein liebenswürdiger Herr ist, sollten es sich die Deutschen im Wahlkreis Qu'Appelle doch merken, daß er kein Deutschenfreund ist. Einem solchen aber sollten die Deutschen ihre Stimmen nicht wieder geben.

Sehr gut ist es auch, daß R. L. Richardson, der Editor der Winnipeger „Tribune", der gegen Turriff kandidierte, nicht gewählt wurde. Wir kennen fast kein deutschenfeindlicheres canadisches Blatt, wie Richardson's Tribune. Wäre ein solcher Deutschenfresser wie Richardson Abgeordneter geworden, so wäre das uns sehr unangenehm gewesen. Dann wären zwei Deutschenfeinde von Saskatchewan im Parlament zu Ottawa gewesen. Jetzt ist es doch nur Lake allein.

Eine Deputation von Prince Albert, Sask., wurde bei den Ministern des Innern und der Oeffentlichen Arbeiten vorstellig, um den Saskatchewan-Fluß zwischen Edmonton und Prince Albert besser schiffbar zu machen, damit von Edmonton Kohlen nach Prince Albert und andern Plätzen in Saskatchewan billiger verfrachtet werden können. Es wurde ihnen versprochen, ihrem Ersuchen volle Aufmerksamkeit zu widmen.

Eine Bill zur Amendierung des Einwanderungs-Gesetzes erhielt die erste Lesung. Die Vorlage bezweckt strengere Maßnahmen betreffs der Einwanderung von Asiaten, namentlich Hindus, und soll das Kopfgeld, das diese zu zahlen haben, erhöht werden. Mitglieder der „Schwarzen Hand" und der Mafia, italienische Geheimgesellschaften, sowie der chinesischen Geheimgesellschaft der High Binders sollen von der Einwanderung ausgeschlossen sein.

Nach einem Bericht des Einwanderungs-Departements belief sich die Einwanderung im Monat Dezember 1909 auf 8673 gegen 4960 im selben Monat des vorhergehenden Jahres. Im Laufe des ganzen Jahres wanderten 184,281 Personen ein, davon kamen 90,996 von den Vereinigten Staaten.

Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen.

In Ottawa tagte die Kommission zur Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen des Landes. Der Präsident der Kommission ist der frühere Minister des Innern, Hon. Clifford Sifton. In seiner Rede zu Beginn der Session sagte Sifton, daß die Bildung der Kommission eine direkte Folge der Konferenz sei, die auf Roosevelts Einladung in Washington im letzten Winter abgehalten wurde. Die Arbeit sei eine ungeheuer große. Sie werde aber dadurch erleichtert und vereinfacht, daß die canadische Regierung fast noch alle natürlichen Hilfsquellen als ihr Eigentum besitze. In dieser Beziehung seien wir viel besser daran, als z. B. die Ver. Staaten.

Zunächst, so erklärte Redner, müsse die Kommission eine genaue Zusammenstellung über Größe und Reichtum der natürlichen Hilfsquellen ausarbeiten.

Sifton kritisierte die Regierung, daß sie jährlich große Summen ausgebe, um Tierkrankheiten im Lande auszurotten, daß sie dagegen fast nichts täte, um die Krankheiten unter den Menschen zu beschränken. Es solle ein Unter-Komite ernannt werden, um in dieser Frage ernstliche Schritte vorzunehmen.

Das Problem der Flußverunreinigung sei auch ein sehr großes und schwerwiegendes. Bislang habe man dasselbe in oberflächlicher Weise behandelt, was durchaus zu verurteilen sei.

Die fortschrittlichste Politik in Hinsicht auf Erhaltung und Verwertung natürlicher Hilfsquellen sei die hydroelektrische Politik der Ontario'er Regierung. Diese Politik habe als Ziel, dem Volke der Provinz Ontario den größtmöglichsten Nutzen ihrer Wasserkräfte zu sichern.

Ein rücksichtsloser Kampf müsse gegen die Waldfeuer geführt werden. Jedes Jahr würden ungeheure Strecken Waldes durch Feuer vernichtet. Das müsse auf jeden Fall und trotz aller Kosten aufhören. Die sog. „Fire-Ranges" müssen ausgedehnt werden und die Waldreserven sind zu vergrößern.

Redner kündigte an, daß er die Regierung um 50,000 Dollars jährlich anstatt 10,000 Dollars ersuchen werde und er hoffe, die Regierung werde sich nicht weigern, dieser Bitte nachzukommen.

Es wurden dann die einzelnen Komites ernannt für 1. Wasser und Wasserwege, 2. öffentliches Gesundheitswesen, 3. Mineralien, 4. Wälder, 5. öffentliche Ländereien, 6. Fischereien und 7. Presse.

Am zweiten Tag hielt Dr. E. B. Fernow, Dekan der Forst-Fakultät der Toronto Universität, einen Vortrag über Forstwesen. Er zeigte eingehend, wie das Forstproblem in Europa behandelt wird und wie Deutschland allen anderen Ländern im Forstwesen weit voraus sei. Canada, als werdende Nation, solle von älteren Nationen lernen. Und da biete Deutschland ihm das allerbeste Beispiel. Deutschland sei wissenschaftlich gründlich vorgegangen, wie in jeder andern Frage. Und darum der großartige Erfolg. Preußen habe ein nur halb so großes Waldareal als Ontario, aber eine 7mal so große Einnahme aus seinen Forsten.

Dr. Fernow ist, nebenbei bemerkt, selbst in Deutschland geboren und erzogen.

In der Schlußsitzung der Konferenz griff Clifford Sifton die canadischen Bahngesellschaften aufs schärfste an, weil diese durch Nachlässigkeit so viele Waldfeuer entfachten. „Wir geben nicht zu, daß irgend jemand mit einem Feuerbrand durchs Land geht und wertvolles Eigentum zerstört. Warum denn, in aller Welt, sollte es den Bahngesellschaften erlaubt sein, das zu tun? Nach dem Eisenbahn-Gesetz sind die Bahnen nicht für Feuerschaden, den die Lokomotiven anrichten, haftbar. Es ist mir unmöglich, auszufinden, warum die Bahnen nicht haftbar sein sollten. Nach meinem Dafürhalten sollten sie für jedes Feuer verantwortlich sein, das sie verschuldet haben. Das würde bald Erfolg haben. Die Lokomotiven würden mit Apparaten zur Verhütung des Funkenflugs ausgestattet und dem Lande ungeheurer Schaden erspart werden."

Die Kommission wird im Juni wieder tagen. Sir Wilfrid Laurier wird den Ort bestimmen.

C. P. R.-Zug stürzt ins Wasser.

Ein furchtbares Eisenbahn-Unglück ereignete sich Freitag Nachmittag an der Canadian Pacifoc Bahn am Spanish-River, nahe Sudbury, Ontario. Drei Waggons eines Passagierzuges stürzten von der eisernen Brücke, welche über den Fluß führt, durchbrachen das Eis und versanken in den eisigen Fluten. Mindestens 45 Menschen haben den Tod gefunden, doch ist die genaue Anzahl noch nicht bekannt und die vollständige Totenliste wird wahrscheinlich noch bedeutend größer werden, da zahlreiche Passagiere so schwer verletzt wurden, daß sie inzwischen verstorben sind.

Auf noch unbekannte Weise sprang der Passagierwaggon zweiter Klasse vom Geleise und stieß gegen das Widerlager der Brücke. Durch den Anprall wurde der Waggon in zwei Teile gespalten. Die eine Hälfte des Passagierwaggons zweiter Klasse, der Kolonistenwaggon, der Passagierwaggon erster Klasse und der Speisewaggon stürzten in den Fluß. Der Pullmanwaggon legte sich auf die Seite.

Sämtliche Passagiere in den genannten Waggons mit Ausnahme des Pullmanwaggons wurden wie Ratten in einer Falle gefangen und ertranken, und nur durch die heldenmütigsten Anstrengungen gelang es, acht Leute aus dem Speisewaggon zu retten.

Um das Unglück voll zu machen, fingen die zertrümmerten Waggons Feuer. Zwei Minuten nach dem ersten Krach sah man nur noch die Dächer der Waggons aus dem Wasser hervorragen. Der Wagen zweiter Klasse stieß bei seinem Sturz gegen ein Hindernis und zerschellte gleich einer Eierschale. Ein Teil der Passagiere in diesem Wagen wurde auf der Stelle getötet, die anderen wurden durch das Feuer, das augenblicklich ausbrach, langsam zu Tode geröstet, ehe man ihnen zu Hilfe kommen konnte. Die Insassen des Speisewagens wurden gerettet durch dessen starke Bauart, derselbe blieb dicht am Rande des Flusses stehen, aber alle Passagiere in demselben entkamen mit leichten Verletzungen.

Von Sudbury aus wurde sofort nach Bekanntwerden der Katastrophe ein Hilfszug mit Aerzten abgesandt, außerdem wurden Vorkehrungen getroffen, einen Taucher an Ort und Stelle zu senden, der mit einem Sonderzug von Sault Ste. Marie eintraf, um die Leichen in dem Wagen im Fluß zu bergen. Derselbe ist jetzt an der Arbeit.

Ein Amerikaner über Deutschland.

Im Dezemberheft der angesehenen, in New York und London erscheinenden politischen Monatsschrift McClures Magazine findet sich ein vielbeachteter Aufsatz von Rudolf Cronau unter der Ueberschrift „Das neue Deutschland — ein lehrreicher Hinweis." Der Verfasser geht davon aus, daß der bemerkenswerte Aufschwung Deutschlands seit 1870—71, als Land-, See- und Handelsmacht von allen anderen Völkern mit Staunen, Mißtrauen und Furcht betrachtet würde, und daß besonders Großbritannien zu fürchten scheine, Deutschland erstrebe die Oberherrschaft zu Lande und zu Wasser. Man sieht in Kaiser Wilhelm nur den „War-Lord", eine stete Bedrohung des Weltfriedens und verantwortlich für den erdrückenden Militarismus.

Cronau zeigt nun an der Hand der Weltgeschichte, wie Deutschland gezwungen worden sei, infolge seiner zentralen Lage sich ein Heer zu schaffen, das den Schutz seiner Grenzen ermöglichte. Ebenso leitet er aus den Erfahrungen der Blockade im Jahre 1870 und aus der Errichtung großer deutscher Kolonien die Notwendigkeit einer deutschen Flotte her. Für ihn ergiebt sich die allmähliche Entstehung des deutschen Welthandels aus dem ständigen Wachsen der Bevölkerung und den verhältnismäßig geringen natürlichen Hilfsquellen des Landes.

An der Hand genauer statistischer Angaben zeigt der Verfasser, wie Deutschland diese natürlichen Hilfsquellen, seine Wälder, den Boden, die Bergwerke, die Wasserkraft durch höchste technische Vollkommenheit zu einer Ertragsfähigkeit führt, wie sie in anderen Ländern unbekannt ist. Handel und Gewerbe beruhen in Deutschland nach seiner Ansicht in ihren außerordentlichen Erfolgen auf der wissenschaftlichen Gründlichkeit, die jede wirtschaftliche Tätigkeit dort kennzeichnet.

Als sicherstes Zeichen des unaufhaltsam wachsenden Wohlstandes sieht Cronau die erstaunliche Abnahme der deutschen Auswanderung an. Hand in Hand mit der gewaltigen Entwicklung der Industrie und der Handelsflotte geht die Fürsorge für die arbeitende Klasse. Eingehend schildert der Verfasser die Entstehung der deutschen Sozialpolitik, die auch in einer allgemeinen Witwen- und Waisenversorgung noch nicht ihren Abschluß gefunden haben dürfte. Diese gesunde und stetige Entwicklung ist bei einigen Völkern die Ursache der Furcht vor Beeinträchtigung ihrer Sicherheit und ihres Handels, wobei man nicht bedenkt, daß Deutschland 38 Jahre lang Frieden gehalten und in allen Fragen der Weltpolitik der Verständigung die Wege geebnet hat. „Auch der Kaiser bemüht sich," so sagt der Verfasser, „diese Friedensliebe unausgesetzt zu betätigen, indem er gute nachbarliche Verhältnisse mit Frankreich herzustellen sucht. Das deutsche Volk hat bei seiner rastlosen Friedensarbeit weder Zeit noch Lust, an Krieg zu denken; die gesamte Nation würde ihn als ein großes Unglück betrachten. Und sicher fände jede Maßregel, die den Frieden verbürgen könnte, nirgends lebhaftere Fürsprecher als unter dem deutschen Volke."

Provinziales.

Noch eine Tragödie der Prärie.

Wir haben schon eine ganze Anzahl von Todesfällen infolge des Blizzards und kalten Wetters um die Neujahrszeit berichtet.

Heute bringen wir noch einen solchen Bericht, der verschiedener Umstände halber besonders interessant ist.

Anton und Oddvin Lee, zwei Jünglinge von 15 und 17 Jahren, verließen am Altjahrsabend ihres Vaters Heimstätte bei Forward, dem westlichen Endpunkt der Weyburn-Lethbridge Bahn der C. P. R. Sie wollten eine Stute zur Tränke führen. Der Brunnen war kaum einige hundert Schritt vom Stall entfernt.

Die Jünglinge kamen nicht wieder. Man befürchtete, daß ihnen ein Unglück zugestoßen und der Vater begab sich auf die Suche nach seinen beiden Söhnen. Trotzdem man hier und da die Jünglinge mit der Stute gesehen, blieben sie verschwunden.

Jetzt, ungefähr drei Wochen nachdem die Söhne mit dem Pferd das Haus verließen, hat man die Leichen der Beiden ungefähr 6 Meilen von Forward gefunden.

Zur größten Verwunderung fand man das halbverhungerte Pferd neben den Leichen der beiden Jünglinge stehen. Gewiß ein ganz besonderes Zeichen der Treue und Anhänglichkeit eines vernunftlosen Tieres. Man hört wohl hier und da Geschichten, daß ein besonders treuer Hund bei der Leiche seines Herrn Wache gehalten hat, um seinen Herrn auch noch im Tode zu schützen. Es ist aber gewiß mehr als selten, daß ein Pferd zwanzig Tage lang bei den Leichen seiner Herren aushält in kaltem Winterwetter, im Frost und Schnee der canadischen Prärien, so gut wie ohne Futter.

Die beiden erfrorenen Jünglinge — halb Knaben noch — waren die einzigen Kinder von Herrn und Frau A. F. Lee. Diese waren am Weihnachtsabend von Decorah, Iowa, in Canada angekommen, um in diesem neuen Lande der Verheißung ein neues Heim sich zu gründen. Am 27. Dezember zogen sie auf die Heimstätte und 4 Tage später begaben sich die beiden Jünglinge nach dem nur einige hundert Schritt entfernten Brunnen. Sie sollten nur als Leichen heimgebracht werden.

Sie hatten ihr Leben verloren, um die Stute zu tränken und als wollte diese sich dankbar erweisen, harrte sie bei den Leichen aus, bis man sie fand und das treue Tier fast verhungert war.

Die beiden Erfrorenen waren die einzigen Kinder der Familie.

Wahl in England.

Das englische Parlament ist am 10. ds. Mts. aufgelöst worden, und das neue Parlament soll am 15. Februar zusammentreten. Dadurch wird die gesetzliche Vorschrift genau erfüllt, wonach das neue Parlament nicht früher als 35 Tage nach der Auflösung zusammentreten darf. Gleichzeitig mit der königlichen Verkündigung über die Auflösung ergingen die Wahlbefehle, die der Kronsekretär im Namen des Königs ausfertigt. Es sind Befehle an die Sheriffs oder sonstigen leitenden Beamten der Wahlbezirke zur Vornahme der Wahlen. Nach Empfang des Wahlbefehls macht der Wahlleiter innerhalb zweier Tage in den Grafschaften, spätestens am nächsten Tage in den Städten Ort und Zeit der Wahl öffentlich bekannt. Zwischen dem Empfang des Wahlschreibens und dem Zeitpunkt der Wahl dürfen in den Städten nicht mehr als vier, in Grafschaften nicht mehr als neun Tage verstreichen; bei Bestimmung der Frist ist der Sonntag nicht anzurechnen.

Die Wahlhandlung zerfällt in die Nomination, die Anmeldung der Kandidaten und das Poll, die Abstimmung. Am Tage der Anmeldung, also in den Städten am vierten, in den Grafschaften am neunten Tage nach Empfang des Wahlschreibens, wird dem wahlleitenden Beamten die Anmeldung unterbreitet. Die Urkunde dazu muß von einem anmeldenden und einem die Anmeldung unterstützenden eingetragenen Wähler gemacht und von acht anderen eingetragenen Wählern unterzeichnet sein. Werden innerhalb einer Stunde nach der für den Kandidatenvorschlag bestimmten Zeit nur so viel Anmeldungs-Urkunden abgegeben, wie Wahlmandate zu vergeben sind, so gelten die angemeldeten Kandidaten als gewählt. Allein auf den Vorschlag muß in der Regel die Abstimmung folgen, und zwar in Städten nach höchstens drei, in Grafschaften nach höchstens sechs „klaren Tagen" von der Anmeldung an. (Unter klaren Tagen versteht man eine Frist, in der das Anfangs- und das Enddatum nicht einbegriffen sind.) Es werden nach Bedarf Orte für die Abstimmung bezeichnet. Jeder Kandidat hat einen amtlich anerkannten Agenten, der ihn gegenüber dem Wahlleiter vertritt und für dessen Handlungen der Kandidat verantwortlich ist. Der Agent vertritt einerseits die Interessen des Kandidaten in der Oeffentlichkeit, anderseits kontrolliert er dessen Handlungen, namentlich was die Ausgaben angeht.

Die Wahlhandlungen nimmt der Wahlleiter in Gegenwart der Agenten der Kandidaten allein vor; in den einzelnen Wahlokalen sind für die Wahlleiter und die Agenten Stellvertreter eingesetzt. Der Wähler, der von der Wählerliste aufgerufen wird, erhält von dem Beamten einen gedruckten Stimmzettel mit genauer Bezeichnung von Namen, Stand und Wohnort der Kandidaten; dann begiebt er sich in eine Isolierzelle und bringt in einer Spalte neben dem Namen, den er wählen will, ein Kreuz an. Nachdem er den Zettel gefaltet hat, zeigt er ihn dem Beamten, der sich überzeugt, daß der Zettel den amtlichen Stempel auf der Rückseite trägt, und wirft ihn in die Urne. Letztere wird an das Hauptamt gebracht, wo in Gegenwart der Agenten die Zählung stattfindet, worauf der Wahlleiter nach Verkündigung des Ergebnisses seinen Bericht an den Kronsekretär aufsetzt. Belgien hat ein ähnliches Wahlverfahren angenommen.

Das Wahlrecht sieht in den Grafschaften allen Eigentümern von Grundstücken von 40 Schilling Reinertrag zu, jedoch muß es sich um geerbtes, erheiratetes, durch letztwillige Verfügung oder Kraft eines Amtes oder einer Pfründe erworbenes Gut handeln. In allen anderen Fällen ist ein Reinertrag von 5 Pf. Sterling erforderlich, bei Pächtern, die Pachtverträge auf sechs Jahre haben, ein solcher von 10 Pf. Sterling.

In Schottland und Irland weichen die Bedingungen in dieser Hinsicht von den in England geltenden etwas ab. In zweiter Linie sind die Mieter von Grundstücken im jährlichen Ertrag von 10 Pf. Sterling wahlberechtigt, in dritter Linie die Hausmieter und in vierter die Inhaber von Mietwohnungen im Werte von 10 Pf. St. jährlich.

Die Erfordernisse in den Städten sind von den vorstehenden etwas verschieden. Das Wahlrecht beginnt mit 21 Jahren. Die Zahl der Wähler beträgt im ganzen Vereinigten Königreich etwas über 7½ Millionen bei einer Bevölkerung von rund 45 Millionen oder einer männlichen Bevölkerung von etwa 23½ Millionen. Die Wählerschaft bildet mithin etwa ein Sechstel der Gesamt- und ein Drittel der männlichen Bevölkerung. Das Wahlrecht ist also nichts weniger als allgemein, und es sei noch bemerkt, daß eine Anzahl wohlhabender Wähler an mehreren Stellen zugleich wahlberechtigt sind. Ein Vergleich mit dem Reichstagswahlrecht ergiebt, daß in Deutschland auf eine Bevölkerungszahl von rund 62 Millionen und eine männliche Bevölkerung von rund 30 Millionen nach der Statistik von 1908 13,4 Millionen Wahlberechtige kommen; das macht etwas über 21 Prozent der Gesamtbevölkerung, also über ein Fünftel, und 44 Prozent der männlichen Bevölkerung. Nebenbei bemerkt macht sich in England immer noch keine nennenswerte Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts geltend. (W.B.)

Dies England, das sich so „fortschrittlich" dünkt, ist doch in manchen Dingen noch sehr weit zurück. Auch ein Pluralwahlrecht giebt's da noch. Da kann ein reicher Landlord so und soviel Stimmen abgeben. Was in anderen modernen Staatswesen längst abgeschafft ist. Aber sie halten fest in England am alten Zopf. Das zeigen diese Wahlen auch wieder.

Der Feudalismus, der in Deutschland z. B. längst nicht mehr existiert, scheint in England noch in voller Blüte zu sein.

Und doch dünkt dies Land sich so weit allen anderen voraus. Und wird doch immer mehr auf der ganzen Linie zurückgedrängt. Daher auch die Deutschenfurcht. —

Neueste Nachrichten.

Berlin, 22. Januar. — Unter zahlreicher Beteiligung fand das Jahresbankett der „American Association of Commerce & Trade" statt. Der amerikanische Botschafter Dr. David Jayne Hill führte den Vorsitz bei der festlichen Begebenheit und brachte den Toast auf den Präsidenten Taft wie auf den deutschen Kaiser aus. In freundlichsten Worten gedachte er der langjährigen vortrefflichen Beziehungen Deutschlands und der Ver. Staaten. Präsident Frank Hessenberg, sowie die Austausch-Professoren Benjamin Ide Wheeler von der Universität von California und G. F. Moore von Harvard sprachen unpolitisch.

Die Hauptrede hielt der in New York und in den Ver. Staaten überhaupt bestens bekannte Geh. Kommerzienrat L. M. Goldberger. Indem er auf die Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Deutschland und den Ver. Staaten hinwies, führte er aus, daß die Deutschen seit Jahrzehnten gegenüber den Ver. Staaten die Gebenden gewesen seien. Amerika habe die Richtung und das Tempo der Verhandlungen bestimmt und sei beinahe souverän gewesen, weshalb bisher eine Einigung nicht erzielt worden sei.

Trotzdem werde beiderseitig anerkannt, erklärte Geheimrat Goldberger, daß das höchste Interesse an der Erhaltung und Sicherung guter wirtschaftlicher Beziehungen vorhanden sei. Wörtlich fügte er hinzu:

„Es ist die Pflicht der Ver. Staaten als Kündigerin des Handels-Abkommens, uns Vorschläge zu machen, die wir annehmen können. Unsere Gesetzgebung bietet keinen Weg, ohne Vereinbarung der beiden Regierungen, nach dem siebenten Februar, an welchem das bestehende Abkommen erlischt, den amerikanischen Waren die bestehenden Vergünstigungen weiter zu gewähren.

„Wir hegen zu der Regierung der Ver. Staaten das Vertrauen, daß sie die bestehenden Mißhelligkeiten ehestens befriedigend löst. Wir hoffen zuversichtlich, sie wird eine ihr seither freundschaftlich, ja innig verbundene Nation sich nicht entfremden.

„Diese Hoffnung wird bestärkt durch die Person des amerikanischen Botschafters, dessen oberster Grundsatz allezeit „fair play" gewesen ist."

Geheimrat Goldberger's Worte klangen aus in einem schwungvollen Toast auf Dr. David Jayne Hill, in welchen die anwesenden 150 Gäste begeistert einstimmten.

Unter den Teilnehmern des Banketts befanden sich General Stewart L. Woodford; Generalkonsul Thakara; John B. Jackson, der neuernannte amerikanische Gesandte in Cuba, und viele amerikanische Konsuln aus den großen Städten des Reichs.

St. Petersburg, 22. Jan. Rußlands Antwort auf den Vorschlag des Staatssekretärs Knox zur Neutralisierung der mandschurischen Bahnen wurde am Freitag dem amerikanischen Botschafter in St. Petersburg, W. Rockhill, übergeben.

Es war allgemein bekannt, daß Rußland und Japan den amerikanischen Vorschlag in gleicher Weise beantworten würden.

Rußland lehnt den Vorschlag zur Neutralisierung der bestehenden Bahnen gleichfalls ab. Zugleich betrachtet die russische Regierung den Vorschlag zur Teilnahme an einem internationalen Syndikat für den Bau der Tschintschau-Aigun-Linie als annehmbar im Prinzip, reserviert jedoch eine endgültige Antwort in dieser Frage, bis nähere Einzelheiten des amerikanischen Planes eingetroffen sind, wegen der politischen und strategischen Wichtigkeit des Unternehmens und seiner Bedeutung für die chinesische Bahn.

Rußland behält sich das Recht vor, über alle solche Projekte später zu entscheiden, da sie die politischen, strategischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes betreffen.

Tokio, 22. Jan. — Die Antwort der japanischen Regierung auf den amerikanischen Vorschlag zur Neutralisierung der mandschurischen Bahnen wurde am Freitag dem amerikanischen Botschafter in Tokio, Thomas O'Brien, überreicht. Die Erwiderung enthält eine höfliche Ablehnung des Vorschlags.

Bezüglich des Wortlauts der Note liegt noch keine Erklärung vor, aber es heißt, daß das Memorandum kurz ist, und daß die Ablehnung wie folgt begründet wird:

Das amerikanische Projekt würde von keinem Vorteilt für Japan sein.

Es würde auch China keinen Vorteil bringen.

Die Handelsverhältnisse in der Mandschurei würden dadurch nicht geändert werden, da Japan in der Mandschurei sich strikt an sein Versprechen hält, die offene Tür und gleiche Rechte für alle Mächte zu wahren.

Wie verlautet, würdigt die Note in freundlichen Worten den amerikanischen Vorschlag, aber sie enthält keine Begründung der von Japan gemachten Angaben.

Berlin, 24. Januar. — Für die Enthüllung der Moltke-Büste in der Walhalla bei Regensburg ist sinniger Weise der 10. Mai angesetzt worden, der Tag, an welchem im Jahre 1871 zu Frankfurt a. M. der Friede zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich unterzeichnet wurde.

Prinzregent Luitpold von Bayern, von welchem die Anregung zur Aufstellung der Büste des großen Schlachtenlenkers ausgegangen ist, hat jenen Gedenktag für die Ceremonie selbst erkoren. Für das Ereignis ist eine großartige militärische Feier geplant.

Die Ausführung der Moltke-Büste für die Walhalla, welche von König Ludwig I. von Bayern als dauerndes Denkmal deutschen Ruhms und deutscher Größe gegründet wurde, hatte der Prinzregent vor einiger Zeit dem Professor Erwin Kurz von der Münchener Akademie der bildenden Künste übertragen. Es ist dies der nämliche Künstler, der auch die Bismarck-Büste für die Walhalla geschaffen hat.

Köln, 24. Jan. — Graf Zeppelin plant den Bau eines Riesen-Luftschiffs, das 300 Personen zu tragen im Stande sein, und zur Einrichtung eines Passagier-Verkehrs zwischen Hamburg und London benutzt werden soll. Ein Luftverkehr von Hamburg nach Köln und Baden-Baden soll ebenfalls eingerichtet werden.

Das Riesenfahrzeug soll eine Länge von 984 Fuß und einen Durchmesser von etwa 85 Fuß erhalten und durch acht Motoren getrieben werden. Zeppelins Chef-Ingenieur Colsmann ist Montag von Hamburg nach Köln gekommen und hat mit dem hiesigen Bürgermeister die Anlage von Landungs- und Abfahrtsplätzen besprochen.

Bei regulärer Witterung sollen nur vier der Motoren in Betrieb gesetzt, die anderen sollen in Reserve gehalten werden für den Fall, daß sich ein Motor heißläuft oder in Unordnung gerät, oder auch für den Fall eines Sturmes, der größere Kraftentwicklung erforderlich machen würde.

Dem Vernehmen nach hat das Kriegsministerium vorläufig keine weiteren „Zeppeline" bestellt, sondern will zunächst die Entwicklung der Aeroplane beobachten.

Berlin, 19. Jan. — Im Abgeordnetenhause des preuß. Landtags kam es heute zu stürmischen und leidenschaftlichen Debatten. Den Anlaß dazu bot die vom Zentrum und den Polen eingebrachte Interpellation über die Beamten-Maßregelungen in Kattowitz. Zahlreiche Beamte in der schlesischen Stadt, namentlich Postangestellte, sind zur Strafe versetzt worden, weil sie bei den Kattowitzer Stadtverordneten-Wahlen polnischen Kandidaten ihre Stimme gegeben hatten.

Ministerpräsident Dr. v. Bethmann Hollweg beantwortete die Interpellation persönlich. Er führte aus, die Regierung habe die Versetzung der Kattowitzer Beamten, welche für die Erwählung von Polen gestimmt, verfügt, weil die Betreffenden für dortige Stellen nicht geeignet seien. Beamte müßten, auch wenn sie sich nicht im Dienst befänden, für das Interesse des Staats gegen die großpolnische Bewegung eintreten.

Die Diskussion, welche sich an die Rede des Ministerpräsidenten schloß, nahm geraume Zeit in Anspruch und ließ große Verbitterung erkennen. Von Vertretern des Centrums und der Polen wurde das Vorgehen der Regierung in der heftigsten Weise getadelt.

Berlin, 24. Jan. — Der Aeronaut Josef Brücker wird am 15. Mai seine Fahrt im Lenkballon über den Atlantischen Ozean äntreten. Die Maschinenfabrik von Lanz in Mannheim und der New Yorker Finanzmann S. L. Schwartz stehen hinter dem Unternehmen.

Ottawa, 23. Im Juni wird die nationale Konvention der konservativen Partei in Ottawa abgehalten werden. Das Komite, das zur Wahl der Versammlungsstadt ernannt wurde, kam heute zu diesem Beschluß.

Montreal, 22. Jan. — General-Postmeister Hon. R. Lemieux ist als Mitglied in die französische Ehrenlegion aufgenommen worden als Anerkennung für seine guten Dienste zur Herbeiführung eines besseren Einverständnisses zwischen Canada und Frankreich.